Nr. 44 / A 23 Sonntags-Ausgabe

Berlin

Sonntag, 26. Januar 1930 / V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

20 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweimal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich „Unterhaltungsblatt". „Finanz- und Handelsblatt". — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau" — Mittwoch: „Reise und Wanderung" — Donnerstag: „Recht und Leben"

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile: 35 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur für den Handelsteil: Carl Misch, Berlin-Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600–3685, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3606–3668. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Fünfzig Jahre Sperrfrist

Verlängerter Urheberschutz

Der Reichsjustizminister hat gestern in einer Konferenz mit Vertretern der Akademie der Künste und den Urheberverbänden in Aussicht gestellt, daß die heute 30 Jahre nach dem Tode betragende Urheberschutzfrist durch Gesetz verlängert werden soll.

Dem Minister schwebt hierbei, wie er erklärte, das englische System vor. Dieses ist in dem englischen Urhebergesetz von 1911 in folgender Weise bestimmt: Die Dauer des Urheberschutzes beträgt nach Artikel 3 fünfzig Jahre nach dem Tode des Autors. Dieses Recht wird jedoch dadurch eingeschränkt, daß nach dem Ablauf von 25 Jahren nach dem Tode des Verfassers eine Zwangslizenz besteht.

Es kann nämlich jeder das Werk nachdrucken, vorausgesetzt, daß er dem Urheberberechtigten rechtzeitig schriftlich davon Mitteilung macht, und daß er ihm eine Tantieme von 10 v. H. des Preises von jedem verkauften Exemplar des Werkes bezahlt. Diesem System soll das neue deutsche Gesetz nachgebildet werden, dessen Vorlage allerdings erst im nächsten Jahre zu erwarten ist.

Empörung über Snowden

Prager Stimmungen

Bericht für die „Vossische Zeitung"

Prag, im Januar

In Prag streiten, seitdem die Ergebnisse der Haager Konferenz vorliegen, Parteien und Blätter je nach ihrer Einstellung zur „Burg" miteinander, ob die Tschechoslowakei im Haag finanziell gut oder schlecht abgeschnitten habe.

Auf Grund der Haager Vereinbarungen hat die Tschechoslowakei zu zahlen:

1. Die Befreiungstaxe, und zwar durch 37 Jahre eine Annuität von 10 Mill. Goldmark (80,8 Mill. Kronen).

2. Die Kriegsschuld an Frankreich, und zwar durch 50 Jahre eine Annuität von 10 Mill. Papierfrank (13,5 Mill. Kronen).

3. Die Kriegsschuld an Italien; durch 50 Jahre eine Annuität von 20 Mill. Kronen.

Zu 5 Prozent kapitalisiert, entsprechen die drei Annuitäten einem Gegenwertswert von fast zwei Milliarden Kronen.

Man kann wohl ruhig sagen, daß diese Zahlen keinen besonderen Anlaß zum Jammern geben können. Finanzminister Dr. Engliš hat denn auch erklärt, daß für die ersten Zahlungen die Ueberschüsse des Postministeriums ausreichen werden, so daß man das Budget nicht weiter belasten müsse.

Den Schmerz, den die im Haag auferlegten Zahlungen verursachten, wird man ja bald vergessen haben, nicht so bald aber die Art, wie Snowden, nach den einstimmigen Berichten der tschechischen Blätter, im Haag mit den Vertretern der Kleinen Entente umgesprungen sein soll. Als die Kleine Entente für die Unterzeichnung des Schlußprotokolls verschiedene Bürgschaften verlangte, soll Snowden nach dem Pariser „Journal" erklärt haben: „Es wäre durchaus unmoralisch, den Leuten nur aus dem Grunde Geld zu geben, weil sie es mit großem Stimmenaufwand verlangen. Die Leute haben einfach ohne Vorbehalt zu verzichten!"

In Beantwortung einer Rede Benešch' soll Snowden die schärfste Rede gehalten haben, die jemals aus seinem Munde kam. Er habe die Praxis der Kleinen Entente bei der Durchführung der Badenreform mit der eines Taschendiebes verglichen, der jemandem die Uhr geraubt habe und sie ihm nur gegen Barzahlung zurückgeben will. — Bei einer anderen Gelegenheit, als die Kleine Entente mit Ungarn nicht ins reine kommen konnte, habe Snowden erklärt: „Man müßte die Vertreter der mitteleuropäischen Kleinstaaten in ein Zimmer einsperren und ihnen weder zu essen noch zu trinken geben! Dann werden sie sich bestimmt rasch verständigen!"

Als Benešch den britischen Schatzkanzler an das Wort Lloyd Georges über die Tätigkeit der tschechischen Legionen in Sibirien erinnerte: „Wir werden ihnen das nie vergessen!" habe Snowden brüsk geantwortet: „Ich bin nicht Lloyd George!"

Die tschechische Presse macht nun in der stürmischsten Weise Front gegen Snowden, selbst die sozialistischen Blätter wagen es nicht, den Sozialisten Snowden zu decken. Ein sonst so maßvolles Blatt, wie die „Lidove Noviny", schreibt: Ein Politiker müsse manches über sich ergehen lassen, aber der Tabak Snowdens sei für einen Kontinentaleuropäer doch zu stark gewesen. Man müsse sich fragen, ob die Ausdrücke und Bilder aus den Londoner Slums jenes Neue sei, das der Sozialist Snowden in den diplomatischen Verkehr einführen wolle. Die „Narodny Listy" schreiben: Snowden hat sich gegen einen tschechoslowakischen Minister grob benommen. Er beleidigt Staaten, indem er sie mit Taschendieben vergleicht. Unsere Sozialisten erhalten eine traurige Lektion von ihren englischen Genossen. Wir haben aber die Erzherzöge Oesterreichs überlebt, wir werden auch Herren wie Snowden überleben.

W. Neumann.

Heimwehr auf dem Rückzug vor den Bauern

Wien, 25. Januar / Ullstein-Nachrichtendienst

Die Heimwehr hat vor dem Landbund den Rückzug angetreten und seinen Obmann, den Minister des Innern, Schumy, der strafweise aus ihren Reihen ausgeschlossen wurde, für wiederaufgenommen erklärt. In der Berufungsantwort der Kärntener Landeszeitung der Heimwehr heißt es, „daß das Ausschlußverfahren in formeller Beziehung Fehler gehabt hat und von nicht genügend geklärten Voraussetzungen ausgegangen ist". Dann liest man, daß unter das Vergangene ein kräftiger Strich gesetzt und alle Energie auf ein wirkungsvolles Zusammenarbeiten in der Zukunft gerichtet werden soll. Die Vorfälle der letzten Zeit werden von beiden Seiten bedauert.

Von Minister Schumy liegt hierzu noch keine Erklärung vor. Vor allem weiß jeder Mann, daß mit der Veröffentlichung von Dokumenten, mit der Schumy der Heimwehr drohte, nicht nur ein Verfassungsentwurf gemeint war, sondern daß der Minister des Inneren insbesondere die **Beziehungen zum Faszismus gemeint hat.**

Schumy hatte nach seinem Ausschluß aus der Heimwehr gesagt, man habe von ihm verlangt, mit illegalen Mitteln vorzugehen. Die oberste Leitung der Heimwehr gehe Wege, welche die Bauernschaft mit ernster Sorge erfülle. Der Landbund werde einer Diktatur der Reaktion ebenso wie der der Linken entgegentreten.

Ein führendes christlich-soziales Blatt warnt heute den Bundeskanzler Schober, der nach Rom geht, vor einer italienischen Orientierung der österreichischen Außenpolitik, weil nicht vergessen werden kann, „daß ein namenloses Stück deutschen Landes dazwischen liegt". **Die im Haag wiedergefundene Bewegungsfreiheit dürfe nicht an den Meistbietenden verkauft werden.**

Tritt Zaleski zurück?

Warschau, 25. Januar / Ullstein-Nachrichtendienst

Obwohl der polnische Außenminister Zaleski gestern angekündigt hatte, daß er im Fall der Kürzung seines Dispositionsfonds und seines Propagandafonds durch den Sejm persönlich die Konsequenz ziehen würde, sind heute vormittag die Kürzungsanträge vom Haushaltsausschuß mit großer Mehrheit angenommen worden. Zaleski hat daraufhin die Sejmsitzung demonstrativ verlassen.

Ehe er etwaige Rücktrittsabsichten verwirklichen wird, dürfte er zunächst noch einmal mit dem Kabinett und speziell mit Marschall Pilsudski Fühlung nehmen, die zweifellos sein Ausscheiden in dem gegenwärtigen Augenblick für außenpolitisch bedenklich erklären werden.

Unfruchtbarer Pessimismus

Von

Georg Bernhard

Das Zündholzmonopol, das augenblicklich im Reichstag beraten wird, hängt, wie wohl noch erinnerlich ist, aufs engste mit der Anleihe von 500 Millionen zusammen, die der schwedische Zündholztrust Ivar Kreugers dem Deutschen Reich gewähren will. Gegen dieses Monopol im allgemeinen und gegen die vom Reichsfinanzminister vorgelegten gesetzlichen Bestimmungen im einzelnen lassen sich eine große Reihe von Bedenken vorbringen. Begreiflicherweise sind aber der Stellungnahme des Reichstages dadurch verhältnismäßig enge Grenzen gezogen, daß man das Monopol schlucken muß, wenn man den Leckerbissen der Anleihe verspeisen will. Es fragt sich eben, ob man den Genuß einer Auslandsanleihe von 125 Millionen Dollar hoch genug veranschlagt, um das Opfer des Monopols und seiner zum großen Teil mit den schwedischen Interessenten vereinbarten Bestimmungen in Kauf zu nehmen. Je nach dem, wie man die Dringlichkeit einer solchen Anleihe für die Besserung der deutschen Kassenlage einschätzt, wird man über die Notwendigkeit des Monopols denken. Im Hauptausschuß des Reichstages ist nun das Wunder passiert, daß ein Vertreter der Deutschnationalen Fraktion, die natürlich dem Monopolgesetz Opposition macht, erklärte, die Kassenlage des Reiches mache doch jetzt eigentlich die Kreuger-Anleihe gar nicht mehr so notwendig. Das ist ein Wunder zu nennen, denn es ist kaum Wochen her, daß man in allen deutschnationalen Zeitungsartikeln und Reichstagsreden diese selbe Kassenlage als „katastrophal" bezeichnen hörte. Und das Wunder, das sich bei den Deutschnationalen hier vollzogen hat, scheint um so größer, als sogar von den Ersparnissen des Young-Planes in diesem Zusammenhange gesprochen worden ist, obwohl bis jetzt solche Ersparnisse, wenn nicht völlig geleugnet, so doch dagatellisiert worden sind. Es liegt uns fern, den Vorwurf mangelnder Gutgläubigkeit gegen die Deutschnationalen erheben zu wollen. Diese Wandlung (an deren Dauer wir nicht einmal glauben) beweist eben nur, wie relativ in der Politik und überhaupt im Leben Werturteile sind. Es kommt eben darauf an, in welcher Beleuchtung man die Dinge sieht und in welcher Seelenstimmung man sie betrachtet. Moldenhauer strahlt anscheinend ein anderes Licht aus als Hilferding. Und man weiß aus den Lehren der Psychotherapie ja zur Genüge, daß rotes Licht nicht nur auf Deutschnationale von besonders erregender Wirkung ist.

Es wäre sehr schön, wenn man glauben könnte, die endgültige Annahme des Young-Plans werde dazu beitragen, ganz allgemein den Pessimismus, der bisher auf dem deutschen Volke lastete, etwas zurückzudämmen. Der Kampf um die Reparationen, von den ersten Verhandlungen in Versailles bis zum Young-Plan, hat das deutsche Volk nicht bloß unendlich viel Nervensubstanz, sondern auch viele viele Millionen gekostet. Es ist begreiflich, daß selbst viele von denjenigen, denen der Kampf um die Reparationen nicht ein willkommenes Mittel zur Entfesselung der innerpolitischen Leidenschaften war, glaubten, die jeweilige Regierung in ihrer auf günstige Reparationslösungen gerichteten Außenpolitik am besten dadurch zu unterstützen, daß man die Lage Deutschlands und die Forderungen der Gläubiger möglichst pessimistisch beurteilte. Man meinte, mit solcher Oppositionsstellung die Begehrlichkeit draußen am besten in Schach zu halten. Für die Verhandlungen deutscher Vertreter am grünen Tisch im abgeschlossenen Raum ist solche Methode, wenn sie nicht allzu sichtbar übertreibt, sicher recht brauchbar. Aber sobald Zeitungsartikel, Parlamentsdebatten und Volksversammlungsreden zur Ausdrucksform dieser Taktik werden und namentlich, wenn sie über Jahre hinaus gehandhabt wird, ergeben sich Folgen, die mit der beabsichtigten Auslandswirkung nichts mehr zu tun haben. Es wäre ja so schön, wenn die Fortschritte der modernen Technik uns schon die Erfindung eines Apparats gebracht hätten, durch den es möglich wäre, Propagandareden so zu halten, daß sie nur im Ausland vernommen werden, im Inland aber unhörbar wären. Bis aber ein zukünftiger Nobelpreisträger die Welt mit einer solchen Erfindung beschenkt haben wird, muß damit gerechnet werden, daß der fürs Ausland fabrizierte Pessimismus auch im Inland wirkt.

*

Mit der Propaganda in Reparationsfragen hat man ganz ähnliche Erfahrungen gemacht, wie früher schon mit der Kriegspropaganda: im Ausland, auf das man zielte, war sie

0297